gestellt", daß der Angeklagte eine Broschüre gegen den Staatsgerichtshof geschrieben hat. Bisher haben die Richter in einem solchen Falle sich entweder für befangen erklärt, oder aber sie haben behauptet, über den Dingen zu stehen und von einer solchen Schrift nicht berührt zu werden. Der Klassenrichter Niedner aber hat die eiserne Stirn, in dieser Broschüre ein straferschwerendes Moment zu sehen. Und verhängt schwerste Strafen. Trotzdem gibt es noch Leute, die in Niedner einen „objektiven" Richter sehen.

Demgegenüber ist es typisch, daß derselbe 1. Niedner-Strafsenat den Fememordhächen gegenüber in einer Instruktion an das Landsberger Gericht glatt leugnet, daß die Arbeitskommandos und die Schwarze Reichswehr irgendwelche hochverräterische Bestrebungen geplant hätten. Nach dem Bericht der „Vossischen Zeitung" heißt es in dieser Niednerschen Instruktion:

„Es ist zu beachten, daß zu der damaligen Zeit, als die wirtschaftliche Not Deutschlands infolge des Ruhreinbruchs immer mehr gewachsen war und die Inflation ihrem Höhepunkt entgegenging, auch verfassungstreue Kreise, den Gedanken aussprachen, daß nur durch eine Diktatur dem Elend gesteuert werden könne."

Also: die Errichtung einer Militärdiktatur, einer völkischen Diktatur, monarchistische Umtriebe sind absolut kein Hochverrat; aber die Beschaffung weniger Gewehre durch Kommunisten, die Tätigkeit als Mieterrat sind hochverräterische, staatsfeindliche Umsturzpläne, die mit Zuchthaus geahndet werden müssen!

Es ist gesagt worden, das Verfahren solle seinen Lauf nehmen und man könne dann zu dem Antrag auf Verhaftung der sechs kommunistischen Abgeordneten erneut Stellung nehmen. Diese Auffassung zeugt von der Nichtkenntnis der Niednerschen Praxis. Wenn Niedner die sogenannten „Verführten" bis zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt hat, so wird er zweifellos die sogenannten „Verführer" mit Urteilen bis zu 10 Jahren Zuchthaus und mehr bestrafen. Aus der Zuchthausstrafe ergibt sich aber automatisch die Aberkennung des Reichstagsmandats. Der Klassenrichter Niedner hat also das Schicksal von sechs Mandaten in seiner Hand. Es ist ganz klar, daß es das Ziel dieses Mannes ist, durch parteiischen, tendenziösen, kommunistenfeindlichen „Rechtsspruch" seinen Gegnern einen Schlag zu versetzen.

Die sogenannte republikanische Mitte mag es sich reiflich überlegen, ob sie einem Richter solche Machtvollkommenheiten einräumen will. Es gab eine Zeit, in der Niedner sehr linksstehen wollte. Nach der Revolution schrieb er sogar eine Broschüre über „Sozialisierung des Rechtswesens". Auf diese Weise hoffte er, schnell Karriere zu machen. Er avancierte zum Richter des Staatsgerichtshofes. Dann aber hielt er es für notwendig, völkisch und vaterländisch zu werden.

Der Reichstag wird, wenn er die selbstverständliche Forderung der Kommunisten nicht annimmt, sein Renommee so jämmerlich und restlos verlieren, daß die Massen draußen die einzig mögliche Schlußfolgerung ziehen werden, den Kampf gegen die Klassenjustiz mit außerparlamentarischen Mitteln bis zur Vernichtung der Justizbestie zu führen." (Stürmischer Beifall.)

Die Rede des Genossen Rosenberg, belegt durch zahlreiches Material, hinterließ einen derartigen Eindruck bei den bürgerlichen Parteien, daß der neue Justizminister Dr. Bell sich veranlaßt sah, seine Justiz reinzuwaschen. Das Reichsgericht kenne nur Gerechtigkeit! Es sei über jeden Vorwurf, wie ihn der Abgeordnete Rosenberg vorgebracht habe, erhaben.

Als letzter Redner spricht der Sozialdemokrat Dittmann: Die Ausführungen des Justizministers Bell seien bedauernswert und leichtfertig. Der kommunistische Redner habe keine leichtfertigen Behauptungen aufgestellt. Es stehe tatsächlich fest, daß mit zweierlei Maß gemessen werde. Nur die Kommunisten verfolge man mit allen juristischen Finessen. Der Reichstag dürfe es sich nicht gefallen lassen, daß sechs Abgeordnete der Klasse Justiz ausgeliefert würden.

Der kommunistische Antrag wird darauf dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, Freitag 3 Uhr, werden Erwerbslosenfragen gesetzt.

Loebe als Scharfmacher

In der Aeltestenratssitzung des Reichstags vom 4. November hielt der sozialdemokratische Reichstagspräsident Loebe es für nötig, eine **Verschärfung der Geschäftsordnung des Reichstages** anzukündigen für den Fall, daß sich im Reichstage ähnliche Szenen ereignen würden, wie im Preußischen Landtag und im Berliner Rathaus. Obwohl die Geschäftsordnung des Reichstages ohnehin eine parlamentarische Obstruktion im Interesse der Arbeiterklasse außerordentlich erschwert, glaubt Loebe, sich als besonderer **Hausknecht der deutschen Bourgeoisie** betätigen zu müssen, um eine parlamentarische Obstruktion, die durchaus im Interesse der gesamten Arbeiterklasse liegen kann, noch mehr unmöglich zu machen.

Genosse Stoecker gab Loebe darauf folgende Antwort:

„Der Reichstagspräsident irrt sich sehr, wenn er glaubt, mit derartigen Androhungen irgendeinen Eindruck zu machen. Wenn die Kommunistische Fraktion glaube, daß wegen ernster **Lebensfragen** der Arbeiterklasse eine **parlamentarische Obstruktion** notwendig sei, dann werden sie diese durchführen, ganz gleich, wie die Geschäftsordnung aussehen werde. Wenn Loebe glaube, eine Verschärfung der Geschäftsordnung vorschlagen zu müssen, so könnten ihn die Kommunisten daran nicht hindern. Die kommunistische Reichstagsfraktion werde nach wie vor die Taktik anwenden, die sie selbst im Interesse der Arbeiterklasse für richtig hält."

Alle übrigen Parteien, auch die **Sozialdemokraten, schwiegen** sich zu der Ankündigung Loebes aus.

Fort mit der Selbst-Regierung!

Vorbereitung der Großen Koalition durch die SPD-Presse

Die „Dresdner Volkszeitung", die bisher die Stellungnahme des Parteivorstandes zur Regierungsbildung, auf dem Umwege des Beamtenkabinetts zur Großen Koalition zu kommen, vorenthalten hat und die Auslassungen des Pressedienstes als für die Haltung der sächsischen SPD als „unmaßgeblich" bezeichnete, bereitet jetzt die SPD-Arbeiter langsam darauf vor, in Sachsen nach dem Willen des Parteivorstandes den Weg zur Großen Koalition freizumachen. Gestern veröffentlicht die „Dresdner Volkszeitung" eine Anzahl Stimmen aus der Parteipresse im Reich, die fast alle auf den Ton abgestimmt sind: Wiedervereinigung mit der ASPS und Bildung der Großen Koalition. Am deutlichsten wird das Streikbruchorgan in Hamburg, das „Hamburger Echo", das sich zu der Lage in Sachsen wie folgt äußert:

„Jedenfalls haben gestern beide **Richtungen der sächsischen Sozialdemokratie Prügel bezogen**; man kann nur wünschen, daß sie erkennen: die Prügel sind verdient. Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung. Vermögen die Führer zu lernen, dann wird der künftige Sieg vorbereitet. Um es nochmals zu sagen: Nötig ist, daß die Buck und Genossen den nationalistisch vernebelten Kopf im frischen Wind des Klassenkampfes auslüften, **und daß die Arzt und Genossen lernen, mit Realitäten zu rechnen.**"

Das ist nichts anderes als die Aufforderung an die Linken, die Wiedervereinigung mit den Renegaten der ASPS herbeizuführen, und die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" in Kiel spricht das mit aller Konsequenz aus. Sie schreibt:

„Aber nach dem, was man in Sachsen erlebt hat, ist es leider schwer, zu hoffen, daß man aus diesem Wahlergebnis die politischen Folgen zieht, die jeder vernünftige Sozialdemokrat außerhalb Sachsens ganz von selbst ziehen muß: Die Wiederannäherung der streitenden Brüder.

... Möge eine wiedervereinigte sächsische Sozialdemokratie die Scharte vom 31. Oktober 1926 bald auswetzen und die sächsische Arbeiterbewegung wieder zu der Bedeutung hinaufführen, die sie vor dem Krieg lange Jahre hindurch gehabt hat."

Ueber die Frage der Möglichkeit einer Regierungsbildung in Sachsen schreibt der „Lübecker Volksbote":

„Es wird nur eins übrig bleiben: die Bildung einer Beamtenregierung: eine Beamtenregierung, die auf sehr schwankendem Boden stehen wird."

Das ist die Formel des Parteivorstandes, die er am Tage nach der Wahl und nach Verständigung mit den ASPS-Leuten gab. Die SPD-Presse bezieht die gleiche Stellung.

Die Verschleppung des Zusammentritts des Sächsischen Landtages, der für den 30. November angekündigt ist, hat keinen anderen Sinn, als den Kuhhandel um die Bildung einer Koalitionsregierung unter Einschluß der SPD in aller Ruhe zu führen und damit die Lebensdauer der Heldtregierung zu verlängern. Die sozialdemokratischen Arbeiter dürfen das nicht dulden. Der Kampf gegen die Heldtregierung und die Große Koalition, die nach dem Willen des Parteivorstandes auf dem Umwege des Beamtenkabinetts gebildet werden soll, darf nicht erlahmen. Sie müssen erkennen, daß die Haltung ihrer Zeitungen und der linken Führer nichts anderes ist als der Versuch, langsam und zögernd in die Linie des Parteivorstandes einzuschwenken und zur Großen Koalition zu kommen. Wozu dann aber noch eine organisatorische Trennung von der ASPS? Kein sozialdemokratischer Arbeiter kann und darf diesen Weg mitgehen. Sie müssen sehen, daß in diesem Landtag für die SPD nur die eine Möglichkeit besteht: **Große Koalition!** Wollen die SPD-Arbeiter das verhindern, dann müssen sie gemeinsam mit den Kommunisten zusammenstehen und den Kampf um ein rotes Arbeitersachsen **außerhalb** des Parlamentes organisieren; sie müssen mit den Kommunisten dafür kämpfen, daß die Organisationen der Arbeiter aus den Händen und der Führung der rechten Renegaten entrissen werden und ihnen nicht länger gestattet wird, die Kraft der Arbeiter zu lähmen und ihre Kämpfe abzuwürgen. Der Kampf um ein rotes Arbeitersachsen ist mehr als eine parlamentarische Frage — er muß werden ein Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und ihre Auswirkung und Mobilisierung und Organisierung der Arbeiter zum Sturz des kapitalistischen Systems.

Wiedervereinigung mit den Altsozialisten?

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Berliner Blätter lassen sich berichten, daß der sozialdemokratische Parteivorstand stark bemüht sei, zwischen der Partei und den sächsischen Altsozialisten eine Wiedervereinigung bzw. Aussöhnung herbeizuführen. Selbst der sächsische Gesandte in Berlin, Dr. Gradnauer, soll sich in den Dienst des Parteivorstandes gestellt und in Briefen an mehrere Altsozialisten diese Strategie beschworen haben, ja nachzugeben. Auf eine Anfrage hat Dr. Gradnauer erklärt, daß an der Sache kein wahres Wort sei.

Gradnauer dementiert seine Mitwirkung. Daß die Verhandlungen aber stattfinden, beweist die SPD-Presse im Reich, deren Aeußerungen wir oben wiedergeben.

Brücken zur Großen Koalition

Das Zentrum bemüht sich immer mehr, die Sozialdemokratie in die Große Koalition hineinzubekommen. Auf seinen Antrag hat das Reichskabinett jetzt beschlossen, den Sozialdemokraten Dr. Zechlin zum Reichspressechef zu ernennen. Eine außerordentliche wichtige Stellung, die, wie die „Germania" richtig bemerkt, nur in enger politischer Zusammenarbeit mit dem Reichskanzler Marx ausgeübt werden könne.

Neben dem Sozialdemokraten Heinrich Schulz, der Staatssekretär im Reichsinnenministerium ist, besitzt jetzt die Sozialdemokratie schon den zweiten wichtigen Posten im Reichskabinett.

Wahlrechtsraub

Werktätige, pariert den Anschlag!

Ueber die Wahlrechtsvorlage des demokratischen Innenministers Külz sind bis jetzt folgende Einzelheiten in die Öffentlichkeit gedrungen:

Die Vorlage besteht aus zwei Gesetzentwürfen, einem Gesetz über eine neue Reichswahlordnung und einem zweiten Gesetzentwurf über Hinaufsetzung des Wahlalters. Die Verfassung gibt das Wahlrecht allen zwanzigjährigen Personen; durch das neue Gesetz soll die Wahlberechtigung auf Personen beschränkt werden, die das 21. Lebensjahr überschritten haben.

Das Gesetz über die neue Reichswahlordnung sieht, wie wir erfahren, den Wegfall der Reichsliste und die Einteilung des Einerwahlkreises vor. Der Gedanke seiner möglichst engen Verknüpfung zwischen Wählern und Abgeordneten und einer starken Berücksichtigung der Persönlichkeit des Abgeordneten wird weitgehend durchgeführt. Den bisherigen Reichstagsentwürfen war der Gedanke zugrunde gelegt, daß in einem Wahlkreise zwei oder drei Abgeordnete gewählt und die Reststimmen verrechnet werden sollen. Der neue Entwurf des Reichsinnenministers Dr. Külz geht darüber wesentlich hinaus, schafft, wie gesagt, den Einerwahlkreis und sieht vor, daß die Reststimmen vollständig innerhalb der Wahlkreisverbände ausgeglichen werden. Die Wahlkreisverbände dürften ungefähr mit den heutigen Wahlkreisen zusammenfallen. Die Reichswahlliste fällt künftig fort.

Schon diese wenigen Einzelheiten zeigen, daß es sich um einen weitgehenden Wahlrechtsraub handelt, eine Vorlage zugunsten der kapitalistischen Parteien.

Obwohl klar auf der Hand liegt, daß beide Gesetzentwürfe verfassungsändernd sind, will Külz nur das Gesetz über Hinaufsetzung des Wahlalters als „verfassungsändernd" gelten lassen. Das andere Gesetz will er mit einfacher Mehrheit im Reichstag annehmen lassen.

Der Wahlrechtsraub muß, wie alle anderen Anschläge, durch die außerparlamentarische Gegenaktion der werktätigen Massen abgewehrt werden.

Todesurteil im Leiferder Attentatsprozeß

Hildesheim, 4. November. (Telemia)

Im Prozeß gegen die Eisenbahnattentäter von Leiferde wurde heute gegen 6,30 Uhr abends vom Schwurgericht Hildesheim folgendes Urteil verkündet:

Die Angeklagten Otto Schlesinger und Willi Weber werden wegen fortgesetzter vorsätzlicher Eisenbahntransportgefährdung mit Todesfolge in Tateinheit mit Mord zum Tode und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Der Angeklagte Walter Weber wird wegen Begünstigung gegen den § 139 des Strafgesetzbuches zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. 8 Wochen gelten als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Die Kosten des Verfahrens tragen die Angeklagten.

*

Die Klassenjustiz erklärt diese beiden, von Hunger und Verzweiflung zum Verbrechen getriebenen Arbeitslosen für allein schuldig — und obwohl bei den Verhandlungen festgestellt wurde, daß die Schwellenschrauben mit der bloßen Hand zu lockern waren, bleiben die wirklichen Schuldigen, die Verantwortlichen der Reichsbahnverwaltung, straffrei. Die Armen läßt man schuldig werden ...

Bezeichnend für diese „Rechtsprechung" ist, daß in diesem Prozeß der ärztliche Sachverständige das von den Angeklagten geschilderte Hungerleben nicht als Entschuldigung ansah, sondern die bezeichnende Ansicht vertrat, „daß sich der Organismus schnell auf eine geringere Nahrungszufuhr einstellen könnte. Auch hielt das Gericht für nachgewiesen, daß die Angeklagten den Tod von Reisenden vorausgesehen haben. Während die Fememörder, die auf heimtückische Weise ihre Opfer beiseite schaffen, freigesprochen werden, fällt die Klassenjustiz gegen die Opfer dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung Todesurteile.

Die Hekatoncheiren (Hunderthändigen)

Vom Arbeitersängerbund, Bezirk Plauenscher Grund, wird uns geschrieben:

Das vor einigen Jahren vom Verlag des Deutschen Arbeitersängerbund angekaufte Werk „Die Hekatoncheiren" nach der Dichtung Karl Wessers von Ernst G. Elsässer für Bariton, Männer-, Frauen- und gemischten Chor mit Orchesterbegleitung komponiert, hat seine ersten Aufführungen in Thüringen mit sehr großem Erfolg erlebt. Die Hekatoncheiren waren nach der griechischen Göttersage drei zu Gefangenschaft im tiefsten Erdinnern verurteilte Riesen mit hundert Händen und fünfzig Köpfen, die später zur Hilfe im Kampf der Götter gegen die Titanen ans Licht gehalt wurden. Die Deutung auf die arbeitende unterdrückte Masse des Proletariats und seine einstige Erhebung gegen den Uebermut der Machthabenden ist nicht schwer, und Karl Weiser hat es verstanden, in wunderbar plastischen poetischen Bildern das Leben und Weben des Volkes und das endliche Siegen der unermüdlich Ringenden zu schildern. Dem jungen geistvollen Komponisten Elsässer ist es gelungen, auf das Fundament des Weiserschen Gedichtes ein Werk aufzubauen, das eine ergreifende Wirkung ausübt. Vorausgesetzt ist dabei freilich, daß das Werk zur Aufführung fertig sei, daß das Orchester aus Künstlern bestehe, die ihrer Aufgabe gewachsen sind, daß ferner der Chor seine Partien, intonationssicher beherrsche, daß auch endlich der Solist sich gewissenhaft mit seiner Rolle vertraut gemacht habe. Hierhin gehört eine tiefe Verinnerlichung des Stoffes; hier darf man nicht alles im Tone kalter Gleichgültigkeit herunterlallen. Das Herz muß mitklingen! Sind alle diese Vorbedingungen gegeben, so kann und wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Die Orchesterbehandlung geht in technischer Hinsicht die Wege unserer heutigen Programm-Musik; wir hören die Hämmer pochen, den Amboß klingen, die Maschinenkolben stampfen, die Tennen dröhnen, die Mühlen klappern, die Erdschollen fallen, die emsig schreibende Feder rascheln; ja die Kunst der Instrumentation ist so meisterhaft, daß wir zuweilen die Maschinen und die arbeitenden Personen zu sehen glauben. Der musikalisch-thematische Aufbau steht unter der Herrschaft eines kurzen, aber gerade deswegen sehr eindringlichen, weniger melodiös als harmonisch charakterischen Leitmotivs.

Wenn das Orchester mit einem dumpfen Paukenwirbel, leisen Fagottklängen und dem Tremolo der Bässe begonnen hat, setzen die Hörner im tiefernsten D-Moll mit dem Leitmotiv ein. Der dem Moll-Akkord folgende, außerordentlich heftig dissonierende übermäßige Dreiklang wirkt einschneidend, ein starkes Verlangen, übermäßige Sehnsucht kommen in diesen Harmonien zum Ausdruck. Ihre Auflösung in den klaren A-Dur-Akkord, die nur durch den Orgelpunkt der fortwirbelnden Pauken auf dem Grundton D getrübt wird, läßt uns die Erlösung und den zukünftigen Sieg ahnen: „Der Mensch wird frei". Die solorische Wiederholung des Motivs durch Holzbläser mit der überraschenden Wendung nach Ges-Dur verstärken den gewonnenen Eindruck. Nach einigen lose aneinandergereihten Akkorden, die die ernste Stimmung beseitigen, hebt nun das ganze Orchester an, das lebhafte, geräuschvolle Treiben des arbeitenden Volkes zu malen. Ich habe an einer Stelle, wo bei Amboß — und Taktschlägen die Hörner sehr stark den verminderten Quartenschritt F-Cis abwärts mehrmals regelmäßig ausführen, tatsächlich geglaubt, eine emsig arbeitende Bleuelstange zu hören und ihre Bewegungen zu sehen. Ich führe dieses Beispiel an, um die famose Plastik der Instrumentation zu illustrieren. Das Stampfen der Maschinen läßt endlich nach; das Orchester klingt wieder in das leise D des Anfangs aus, und jetzt beginnt die erzählende Baritonstimme. Diese paßt sich in ihrer Melodieführung vielfach dem Leitmotiv an und bereitet jedesmal den „seltsamen Segen" des Chores vor. Der erste, ein Männerchor, schildert uns, wie die Hekatoncheiren die Reinung der Zeit zum Kampfe für das Recht schmieden; der zweite, ein Frauenchor singt vom Weben des toten Kleides; der dritte, wieder ein Männerchor, vom Schärfen des Schwertes zur Befreiung. Immer mehr folgert sich der Reinung, bis er in der letzten Strophe zur höchsten Entfaltung gelangt. Alle Stimmen vereinigen sich; siegesgewiß und jubelnd ertönt es mit hinreißender Kraft:

„Frei soll ersteh'n
Der Tempel des Rechts,
Auf dessen Höh'n
Der Liebe Fahnen weh'n
Und der Brüderlichkeit!"

Zweimal hören wir noch eine helle, siegesfrohe Trompetenfanfare in A-Dur; dann schließt das Werk in F-Dur, mit brausenden Jubels mit dem Leitmotiv. Die Feder ist zu schwach, die tiefe Erschütterung zu beschreiben, die den Hörer ergreift. Nicht nur der Musiker, den der wundervolle Aufbau der Komposition entzückt, nein, auch der Proletarier, der diesen Klängen gelauscht hat, wird die Empfindung nach Hause tragen, daß hier ein Werk vollendet wurde, daß des arbeitenden Volkes innerste Seelenregungen, sein Seufzen und Klagen, sein Sehnen und Hoffen, sein Kämpfen und die Gewißheit des endlichen Sieges in leidenschaftlicher Weise zu hinreißendem Ausdruck bringt.

„Die Hekatoncheiren" sind ein Werk, mit dem sich jeder befreunden muß. Die jetzige politische und wirtschaftliche Lage macht es der werktätigen Bevölkerung doppelt verständlich.

Den aufführenden Vereinen, Volkschor Freital, Männer- und Frauenchor Gittersee, unter Leitung des Gau- und Bezirksdirigenten Herrn P. Boegge, muß man Anerkennung aussprechen. Ein Besuch der Konzerte am 6. 11. im Gasthof Gittersee, am 13. 11. in Krilles Gasthof Freital, ist sehr zu empfehlen.

„Die Komödie". Freitag, den 5. November, Erstaufführung „Ueberfahrt". Schauspiel in drei Akten von Sutton Vane. Deutsch von Karl Klement. Spielleitung: Renate Mirbach. Bühnenbild: Leopold Lustig. Anfang 7,45, Ende 10 Uhr. Mitwirkende: Tom Prior, Adolf Wohlbrück, Mrs. Gilmore, Käthe Haenel, Karla Holm; William Duke, Johannes Steiner; Mrs. Midgett, Trude Wessely; Lingley, Karl Koch; Ann, Gertrud Stolle; Henry Theodor Rocholl; Scrubby Paul Lewitt; Lorenzo, Otto Ottwerk.